

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD

– Drucksache 20/10274 –

Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien – Soziale Inklusion und politische Partizipation von Romnja und Roma und Rückkehrenden

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Fragesteller interessieren sich für die konkrete Durchführung des Vorhabens mit der IATI-Maßnahmen-ID DE-1-202106003-6002. Das Finanzierungsvolumen des Projektes beträgt 275 000 Euro mit einer Laufzeit vom 1. Dezember 2021 bis zum 28. Februar 2025 (geplant). Das Projekt wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von Engagement Global gGmbH durchgeführt. Umsetzungspartner ist der Solidaritätsdienst International e. V. (www.transparenzportal.bund.de/de/detailsuche/DE-1-202106003-6002?project_status=running&limit=50&country=AL, zuletzt geprüft am 19. Januar 2024).

1. Auf welche Weise wird bei der Projektdurchführung dem signifikanten Nebenziel des Vorhabens „Gleichberechtigung der Geschlechter“ (vgl. https://www.transparenzportal.bund.de/de/detailsuche/DE-1-202106003-6002?project_status=running&limit=50&country=AL, übersektorale Kennung) entsprochen?

Mindestens 50 Prozent der Zielgruppe sind Frauen und Mädchen. Durch Methoden des nicht-formalen Lernens verbessern Mädchen und Mütter ihre Kenntnisse und Fähigkeiten bei Themen wie reproduktive Gesundheit, Kinderbetreuung, politische Partizipation und Frauenförderung. Der basisorientierte Ansatz führt dabei nicht nur zu einer Deckung geschlechtsspezifischer Bedarfe, sondern auch zu einer Stärkung der Handlungsfähigkeit der Zielgruppe.

2. Auf welche Weise wird bei der Projektdurchführung dem signifikanten Nebenziel des Vorhabens „Demokratische und inklusive Regierungsführung“ (ebd., übersektorale Kennung) entsprochen?

Die Zielgruppe des Projektes gehört zu den besonders marginalisierten und vulnerablen Gruppen des Landes. Sie wird darin gestärkt, eigene Interessen zu vertreten und den Zugang zu Grundrechten und Diensten der öffentlichen Daseinsfürsorge durch Initiativen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Sozialfürsorge, Gesundheit und Wohnen einzufordern und wahrzunehmen. Dadurch verstehen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalverwaltungen die spezifische Situation der Romnja und Roma besser. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Bedarfe und Interessen der Romnja und Roma den zuständigen staatlichen Stellen bewusst sind. Bei der Entwicklung von Aktionsplänen zur Inklusion von Romnja und Roma und der Reintegration von Rückkehrenden sowie in Strategien kommunaler Verwaltungsstrukturen können sie so berücksichtigt werden.

3. Auf welche Weise wird bei der Projektdurchführung dem signifikanten Nebenziel des Vorhabens „Handelsentwicklung“ (ebd., übersektorale Kennung) entsprochen?
4. Auf welche Weise wird bei der Projektdurchführung dem signifikanten Nebenziel des Vorhabens „Biodiversitätskonvention“ (ebd., übersektorale Kennung) entsprochen?
5. Auf welche Weise wird bei der Projektdurchführung dem signifikanten Nebenziel des Vorhabens „Anpassung an den Klimawandel“ (ebd., übersektorale Kennung) entsprochen?

Die Fragen 3 bis 5 werden gemeinsam beantwortet.

Diese Kennungen wurden durch einen IT-Fehler falsch verschlüsselt. Die Kennungen wurden korrigiert und auf 0 gesetzt. Das Vorhaben hat keinen signifikanten Beitrag zu den o. g. Nebenzielen.

6. Wie sind die Durchführungskosten des Vorhabens konkret aufzuschlüsseln (nach Kostenarten wie Verwaltungskosten, Transaktionskosten, Personalkosten, Projektdurchführung)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 1 und 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/9629 verwiesen.

7. Welche Maßnahmen, die welche der genannten Nebenziele (übersektorale Kennung) verfolgen, werden im Einzelnen im Rahmen des Vorhabens durchgeführt (bitte beschreiben)?

Zur Verwirklichung der Projektziele werden kapazitätsstärkende Maßnahmen auf regionaler und überregionaler Ebene durchgeführt. Dazu gehören Trainings und Workshops, die Einrichtung und Etablierung von Aktionsgruppen, die Entwicklung von Aktionsplänen, Berichterstattung zu staatlichen Maßnahmen zur Inklusion, Beratung, Etablierung von Austauschformaten zwischen staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft sowie Förderung von lokalen Initiativen für einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Leistungen.

8. Welche Aufgaben nimmt der Umsetzungspartner Solidaritätsdienst International wahr (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Aufgabe des Partners „Solidaritätsdienst International“ ist die Gewährleistung der Projektzielerreichung in enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen. Dazu gehören u. a. die Projektplanung und -entwicklung, die Projektbegleitung, das Monitoring und Berichtswesen.

9. Aus welchen Gründen wurde der Solidaritätsdienst International als Partner für das Vorhaben ausgewählt (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Projektidee stammt von Solidaritätsdienst International e. V. (SODI). SODI ist ein Partner mit langjähriger Erfahrung bei der Durchführung von Vorhaben privater Träger.

